



www.forum-rauchfrei.de
post@forum-rauchfrei.de

Sprecher(in) und Anschrift

Johannes Spatz, ☎ (030) 7475-5922, Fax: -5925
Kamillenstr. 54
12203 Berlin

Giselly Leinenbach, ☎ (030) 897 49007
Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 72 119 08
Wolfgang Nitze, ☎ (030) 747 55974

Presseerklärung

Berlin, 30.05.07

Hoffnung auf Europa **Erklärung zum morgigen Weltnichtrauchertag**

Nachdem am 25. Mai der Bundestag das Nichtraucherschutzgesetz verabschiedet hat, besteht für das bundesweit agierende Forum Rauchfrei wenig Hoffnung für die nahe Zukunft auf konsequenten Schutz vor Passivrauchen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Hauptkritik richtet sich gegen die Möglichkeit, Raucherräume zur Normalität zu erklären. Auch die Landesgesetze, die im Augenblick diskutiert werden, sehen Raucherräume in der Gastronomie und sogar in Krankenhäusern vor. Berlin, das auf Betreiben des Forum Rauchfrei als erstes Bundesland rauchfreie Schulen und Kindertagesstätten eingeführt hat, ist mit der Ausnahmeregelung in besonderen Räumen von Gaststätten und Krankenhäusern das Rauchen zu erlauben, wieder weit zurückgefallen.

Das Forum Rauchfrei hofft jetzt auf das Europaparlament. Johannes Spatz, Sprecher des Forum Rauchfrei, sagt: „Die großen Parteien der Bundesrepublik sind nicht in der Lage, sich aus der für Europa einzigartigen Verstrickung mit der Tabakindustrie zu befreien.“ Die gegenwärtige Zurückhaltung der Gesetzgeber lässt sich nur durch die erfolgreichen Interventionen der Tabakindustrie in der Bundesrepublik Deutschland erklären:

Wie eng Tabakindustrie und Politik verfilzt sind, zeigt zum Beispiel ein Vorgang aus dem vergangenen Jahr. Als die ersten Verhandlungen der Koalitionspartner der Bundesregierung über ein Nichtraucherschutzgesetz geführt wurden, wurde als Tischvorlage ein Papier benutzt, das bis auf die Rechtschreibfehler mit einem Positionspapier des Verbandes der Zigarettenindustrie übereinstimmte.

Die Tabakindustrie lädt das ganze Jahr hindurch zu einer Fülle von Gesprächen und Festen ein. Diese „Dialogveranstaltungen“, „Parlamentarische Abende“, „Blaue Stunden“, „Spree-Gespräche“ und „Frühlingsfeste“ dienen der Kontaktbildung zwischen Tabakindustrie und Politik. So haben zuletzt für den 22. März dieses Jahres 350 Vertreter von Presse, Wirtschaft und Politik ihr Erscheinen zu „Liberty Award“ von Reemtsma zugesagt. Darunter befanden

sich 37 Mitglieder des Bundestages.

Politiker und Parteien erhalten Spenden, die nur zum Teil offiziell angegeben werden. So hat der Bundestag 247.220 EURO Parteispenden der Tabakindustrie für die Jahre 2001 - 2004 veröffentlicht.

In diesen Veröffentlichungen tauchen Spenden unter 10.000 EURO nicht auf. Unter diesem Limit gibt es viele Beispiele für Gaben an die Politik. So hat die Tabakindustrie jährlich an die Landesvertretung von Niedersachsen in Brüssel 4.500 EURO für ein Grünkohlessen und ein Spargelessen gezahlt.

Ein anderes Beispiel, wie die Tabakindustrie Freundschaften pflegt, ist die Schaltung von Anzeigen. Beispielsweise hat die Parteizeitung Vorwärts (SPD) im Jahr 2006 für die Bezahlung von Werbeanzeigen der Tabakindustrie 90.000 EURO erhalten.

Die Parteizeitung Vorwärts hat auch 2007 einschließlich Juni auf insgesamt vier Seiten Anzeigen von der Tabakindustrie abgedruckt. Da im Dezember 2007 das Tabakwerbeverbot in Kraft trat, handelt es sich hierbei um eindeutige Gesetzesverstöße. British American Tobacco versuchte im Mai 2007 durch eine ganzseitige Anzeige im Vorwärts den SPD-Mitglieder einzureden, dass „verbesserte Luftqualität durch technische Lösungen“ das Problem des Passivrauchens in der Gastronomie lösen könne.

Die Gefahren des Rauchens werden von der deutschen Politik immer noch nicht ernst genommen. Nach Aussagen der Weltgesundheitsorganisation werden im 21. Jahrhundert weltweit insgesamt eine Milliarden Menschen an den Folgen des Rauchens sterben.

Weitere Informationen bei: Johannes Spatz Tel.: (030) 747 559 25 oder 0176 2441